

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags am ...

Die sozialistische Kampfbefehle über deren Namen heißt ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um die Wiedergutmachung

Staatssekretär Dr. Bergmann, der deutsche Finanzsachver-

„Petit Journal“, dessen Beziehungen zum Quai d'Orsay be-

Der Wechsel der französischen Sachverständigen.

Das „Journal“ beklagt es lebhaft, daß bei den verschiedenen

Man muß sich bei dieser Gelegenheit die Deutschen zum

Vor der Londoner Orientkonferenz

Die Abordnung der Konstantinopeler Regierung, die sich zur

Die Delegation der Regierung von Angora zur

Verlinar teilt im „Echo de Paris“ mit das es Venizelos

Legues im Dezember eingenommen haben. Verlinar glaubt,

Inzwischen scheint es in einzelnen Teilen der abgerissenen Län-

Die Münchener Rebellen

Die Einwohnerwehr wird nicht entwaffnet

Die bayerische Regierung denkt nicht daran, die Einwohner-

„Das am Sonntag durch den bayerischen Gesandten dem Reichs-

Hier muß zuerst festgehalten werden, daß die Einwohner-

„Die Reichsregierung hat nun die alleinige Ver-

Nach diesen Auslassungen kann kein Zweifel mehr bestehen,

Der Kampf gegen die Rahr-Regierung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

In überfüllten Versammlungen erhoben die Reichssozia-

Die bayerische Regierung soll ungewisheitlich aussprechen: 1. Daß

Die Krise in der kommunistischen Partei

Während die „rote Fahne“ den Anschein zu erwecken

„Bündnis des kapitalistischen Deutschlands mit Sowjetrußland

Ferner wird die Zurückweisung der nationalbolschewisti-

„Die Erklärung der Reichszentrale sowie insbesondere der be-

Aber auch die Opposition wagt keinen Ton gegen die Auf-

Bernichtend aber lautet das Urteil über die Ge-

Demgegenüber tritt in anderen Fragen ein übertriebener Zen-

Die Funktionärversammlung ist der Überzeugung, daß diese

Damit werden nicht nur alle unsere Voraussetzungen über

önliche rivalitäten, ein Haufe einander durchkreuzender Tendenzen, denen allen nur die gleiche wirklichkeitsfremde, utopistische und im letzten Grunde völlig unpolitische Konfusion zugrunde liegt. Und jetzt wollen wir einmal ein Lieblingswort der „Roten Fahne“ zitieren: „Die Toten reiten schnell“.

Bedrängnis im deutschnationalen Lager

Der Offene Brief eines Deutschnationalen, der am Sonntag im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, hat die Partei der Kaiserstreuen in arge Bedrängnis versetzt. Herr Hertz ergreift jetzt in der Presse das Wort und behauptet, alles was der Brief an Beschuldigungen enthalte, beruhe nicht auf Wahrheit. Herr Hertz kann aber nicht abstreiten, daß tatsächlich Verhandlungen über die Bildung einer gemeinsamen Regierung von Scheidemann bis Westarp stattgefunden haben. Allerdings drückt sich Herr Hertz etwas vorsichtiger aus; er sagt, es habe sich nur um „Vorschläge“ der Deutschen Volkspartei über eine zu bildende Einheitsfront gehandelt.

Dieser Streitpunkt betrifft ja im Grunde genommen nur rein familiäre Angelegenheiten der Deutschnationalen Volkspartei, und es kann uns vollkommen gleichgültig sein, ob Herr Hertz in den Augen seiner deutschpöhlischen Parteimitglieder sich durch die Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierungsbasis kompromittiert hat oder nicht. Wichtig ist es, daß Herr Hertz auch heute noch für die Steuerschiebungen des deutschnationalen Abgeordneten van den Kerckhoff nicht abruht. Er deckt die Korruptionsercheinungen im deutschnationalen Lager, wie es von den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei ja auch schon im Reichstage geschehen ist.

Die monarchistische Presse unternimmt im Anschluß an die Erklärung des Herrn Hertz dennoch den Versuch, den Konful Simon und seinen Kompagnon, Herrn Marx, abzuschießen. Diese beiden Riesenschieber, die jetzt ins Ausland geflüchtet sind, waren aber der Deutschnationalen Volkspartei trotz ihrer jüdischen Abstammung gut genug, die Partikassen aufzufüllen. Sie jetzt abzuschießen, nachdem sie entlarvt worden sind, ist vergeblich. Die Deutschnationalen Volkspartei sitzt im Eisen. Sie nimmt jeden Schieber und Wucherer auf, ohne Rücksicht auf Abstammung. Ausschlaggebend ist, daß der Betreffende die Revolution beschimpft, und vor allem, daß er recht viel Geld für die nationalistische Hege spendet. Dann ist er ein ehrenwerter Mann, darf Lubendorff im Auto spazieren fahren und kann im übrigen privatim ein Lump sein.

Das Ende der deutschen Handelsflotte

Die Londoner „Times“ meldet, daß eine Liste von 89 vormals feindlichen Schiffen veröffentlicht wurde, die von Lord Inchcape zum Kauf angeboten werden. Darunter befinden sich 14 als Preise aufgebrauchte Dampfer mit einer Wasserverdrängung von je 5-6000 Tonnen. Die zum Kauf angebotenen Schiffe können von alliierten, neutralen oder britischen Untertanen erworben werden. Unter 74 Schiffen, die nur für britische Untertanen zum Kauf angeboten werden, befinden sich bekannte deutsche Passagierdampfer, darunter Bremen, Kap Volonio, Kaiserin Augusta Viktoria und drei neue Dampfer, Tiziph, Wadai und München. Das letzte Schiff von 18000 Tonnen nähert sich in Deutschland seiner Fertigstellung.

Die kommunistische Kriegshege

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

In einer Wählerversammlung unserer Partei in Mühlhausen (Thüringen), in der Genosse Rehrhof (Erfurt) als Referent gesprochen, war der Kommunist Lehrer Tenner aus Gotha als Diskussionsredner der R. A. P. D. erschienen. Um ihm den nötigen Resonanzboden zu verschaffen, hatte die Ortsgruppe der Kommunisten halbwillkürliche Jugend bis hinab zum Kindesalter in die Versammlung geschleppt, die bis früh nach 1 Uhr ausfallen mußte. Tenner brachte es trotz seiner Lehrereigenschaft nicht fertig, seine Ausführungen auf ein höheres Niveau zu bringen als das eines gewöhnlichen Phrasendreschers. Er schaute

bei der Auswahl seiner Mittel nicht davor zurück, aus einem Wahlspruch der „Freiheit“ falsch zu zitieren und glaubte durch vielfache Anwendung des Wortes Revolution sich revolutionär und durch einige geistreich gegebene zu müssen. Am treffendsten enthielt er seine geistliche Konfusion, als er glaubte, unserer Partei wegen ihrer Haltung zum Versailler Friedensvertrag Vorwürfe machen zu können. Unserer angeblichen Leisetzerei sollte er seine gewaltige Erkenntnis entgegen, daß nur der Krieg gegen die Entente dem Arbeiter helfen könne. Er bewies dadurch, daß in seinem Kopfe das Beispiel Münchens Feuer gefangen und wird vielleicht auch als nächste Konsequenz ziehen, daß er die nationalistische Studentenschaft zur Kampfgenossenschaft auffordert. Daß es sich bei seinen Ausführungen nicht um einen fasslichen Jünglingsgag handelt, wurde dadurch bewiesen, daß er sich auf einen sofort gemachten Zwischenruf Rehrhofs nicht berichtigte, sondern bei seiner Auffassung blieb. Wenn nach der Rede Tenners die Kommunisten den allerdings vergeblichen Versuch machten, unsere weiteren Redner nicht zu Worte kommen zu lassen, lärmten, sangen und zeitweise sogar den Vorstandstisch bedrohten, so entsprach das ihrer gewohnten lärmenden Taktik, die den Mangel an geistigen Argumenten ersetzen soll. Die R. A. P. D. ist um Wirröpfe vom Schlage Tenners wirklich nicht zu beneiden.

Vertagung des Prozesses Hiller-Helmhake

Zu Beginn der heutigen Verhandlung, die Landgerichtsrat Braun kurz nach 9½ Uhr eröffnete, sollte der Zeuge Kreisarzt Dr. Rowad aus Kottbus vernommen werden, der von der Staatsanwaltschaft sowohl, als auch von der Verteidigung ordnungsmäßig geladen war. Dr. Rowad war Regimentsarzt beim 3. Bataillon des Garde-Füsilier-Regiments und hatte seinerzeit nicht nur die Mannschaften des 3. Bataillons behandelt, sondern er hatte auch, als in den Karpathen Ruhr und Cholera auftraten, die man zunächst nicht erkannte, auf Anordnung des Armeoberarztes zahlreiche Öbduktionen von Toten vorgenommen, die den Epidemien zum Opfer gefallen waren. Dr. Rowad stellte dann fest, daß im 3. Bataillon des Garde-Füsilier-Regiments Cholera und Ruhr dadurch entstanden waren, daß die Mannschaften aus einem Tümpel Wasser tranken, auf dessen Grunde die Leichen gefallener Russen lagen. Dr. Rowad wurde bereits vor dem Oberkriegsgericht vernommen und gab damals über den Gesundheitszustand der Truppe detaillierte Auskunft.

Da beim Aufruf heute morgen der ehemalige Bataillonsarzt nicht erschien, sprach der Vorsitzende in energischer Form sein Bedauern darüber aus, daß dieser außerordentlich wichtige Zeuge der Ladung des Gerichts nicht Folge geleistet habe. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Sauer und der Verteidiger Hirschfeld erklärten ebenfalls, daß sie ohne diesen Zeugen nicht auskommen könnten. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück, um sich darüber schlüssig zu werden, ob eine Fortsetzung der Verhandlung ohne den Zeugen möglich sei.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet worden war, ver kündete Landgerichtsrat Braun: „Zu meinem größten Bedauern sehe ich mich genötigt, die Verhandlungen zu vertagen, weil das Gericht auf den Zeugen Rowad nicht verzichten zu können glaubt. Er allein kann uns ein einwandfreies Urteil über den Gesundheitszustand der Truppe und über die Verhältnisse, unter denen die Truppe damals hat leben müssen, sowie ein klares Bild darüber geben, ob Hiller wirklich den Tod des Helmhake verursacht hat. Das Gericht hat erwogen, ob eine kommunistische Vernehmung der Kreisärztes Dr. Rowad möglich ist. Es ist aber zu einem verneinenden Resultat gekommen. Der Gerichtshof ist der Ansicht, daß Rowad keine Aussage und sein Gutachten vor den Geschworenen mündlich erlassen muß. Das Gericht sieht sich daher zu seinem lebhaften Bedauern genötigt, den Prozeß zu vertagen. Zu dem neuen Termin sollen alle Personen, die zu der jetzigen Verhandlung geladen waren und geladen sind, wiederum geladen werden.“

Darauf nahm Staatsanwaltschaftsrat Sauer zu folgender Erklärung das Wort: „Die Sache Hiller ist im Oktober vom Militärgericht an das Zivilgericht abgegeben worden. Der Herr Oberstaatsanwalt Krause und der Präsident des Landgerichts I haben sich die größte Mühe gegeben, die Sache möglichst schnell zur Aburteilung zu bringen. Das Schwurgericht war aber mit Hatzungen derart überlastet, daß es nicht möglich war, den Verhandlungstermin früher anzusetzen. Die Staatsanwaltschaft wird aber alle Hebel in Bewegung setzen, um den Prozeß so schnell wie irgend möglich zur Erledigung zu bringen, an dem die Öffentlichkeit berechtigterweise ein so großes Interesse nimmt.“

Nach kaum halbständiger Dauer war damit die Verhandlung beendet.

Gegen die dritte Internationale

E. C. London, 15. Februar.

Die englische unabhängige Arbeiterpartei, die ihren Jahreskongreß Ende März abhalten wird, nahm eine Resolution an, in der es unter anderem heißt: Nachdem die von dem Exekutivkomitee der 3. Internationale auf unseren Fragebogen erteilte Antwort nicht befriedigend ausfiel, erklärt die unabhängige englische Arbeiterpartei, die 21 Bedingungen Moskaus nicht anerkennen zu können. Sie erkennt an, daß die gegenwärtige Lage in Rußland eine andere Regierung als die derzeitige unmöglich erscheinen lasse, aber sie protestiert gegen den Gedanken, in Großbritannien in der gleichen Weise vorgehen zu sollen und sie verwahrt sich gegen eine Politik, die ähnliche Ziele verfolgt, wie dies in Rußland der Fall ist.

Eine zweite Resolution erklärt, daß eine weltumfassende Internationale nur möglich sei, wenn man die verschiedenen Wege in Betracht zieht, welche die Bevölkerung eines jeden Landes einschlagen müsse, und wenn man sich bewußt, daß jede nationale Sektion der Internationale sich so zu entwickeln und ihre Politik so einzurichten vermöge, wie es ihr am richtigsten scheine, vorausgesetzt, daß diese Politik den Interessen der allgemeinen Internationalen angepaßt sei.

Anstelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Arbeiterführers Adamson wurde C. G. Jones zum Vorsitzenden der parlamentarischen Arbeiterpartei gewählt. Adamson wurde zum Haupt-Einzelner der parlamentarischen Arbeiterpartei ernannt.

Eine kommunistische Niederlage in Paris

Im Seine-Departement hatten die Anhänger der dritten Internationale bei den letzten Wahlen die Mehrheit erlangt und daraufhin gewerkschaftliche Revolutionskomitees organisiert. Gestern fand nun die Wahl zu der Pariser Arbeiterbörse statt, bei der diese Komitees den Sieg zu erringen hofften. Sie wurden aber mit 248 gegen 224 Stimmen geschlagen. Die Leitung der Arbeiterbörse verbleibt also weiterhin in den Händen der Anhänger der Richtung Longuet.

Ergebnislose englisch-irische Verhandlungen

London, 15. Februar.

Die Sinnfeinerführer in Dublin haben einen Bericht über die Verhandlungen des im Januar abgehaltenen irischen Parlaments veröffentlicht. Bei diesen Verhandlungen erklärte de Valera, es hätten mit der britischen Regierung Besprechungen zur Herbeiführung eines einmonatigen Waffenstillstandes stattgefunden, die jedoch wegen der Frage der Auslieferung der Waffen durch die Sinnfeiner, auf der Lloyd George bestanden habe, ergebnislos verlaufen seien.

Das Sperrgesetz in Wirksamkeit. Gegen die kippische Besoldungsordnung für Beamte und Angestellte hat das Finanzministerium auf Grund des sogenannten Sperrgesetzes Einspruch erhoben. Die Besoldungsordnung wird nunmehr von dem am 18. d. M. zusammentretenden Landtag nochmals durchberaten werden.

Buchdruckerstreik in Kassel. Die Buchdrucker und Setzer in Kassel haben am Montag mittag wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Die heutigen Mittagsblätter konnten infolgedessen nicht erscheinen. Ebenso ist das Erscheinen der Dienstag-Morgenzeitungen als ausgeschlossen zu betrachten. Verhandlungen sind im Gange.

Gewerbegerichtswahlen in Mannheim. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Mannheim fielen auf die sozialistische Liste 18 832, auf die christlich-nationale Liste 2195 Stimmen. Danach erhält die sozialistische Liste 39, die christlich-nationale Liste 4 Sitze. Von Arbeitgebern aufgestellt worden war. Sie erhielt 422 Stimmen.

Die Kohlenförderung im Saargebiet. Die Gesamtproduktion der Kohlenbergwerke im Saargebiet betrug im Jahre 1920 9 410 432 Tonnen gegen 8 647 207 Tonnen im Jahre 1919.

Zulassung der deutschen Sprache in Rumänien. Infolge einer Interpellation des heidenbürgischen Abgeordneten Breusch ist die deutsche Sprache vom rumänischen Kammerpräsidenten ausdrücklich als gesetzlich berechtigt anerkannt worden.

Unser Vessing

Am 18. Februar 1781 ist Vessing gestorben, einer der wenigen freien Männer, die Deutschland jemals gekannt hat, einer mit unbegrenzter Intelligenz. Die bürgerliche Literaturgeschichte, Stammtafel und Historiker hatten Vessing für einen der Ihren, sie verwirklichte ihre müßigen Tadeln mit dem realistischen Geiste, durch den er ein literarischer Vorläufer der bürgerlichen Klasse dem Feudalismus gegenüber gemessen ist. Mit geben heute einige weniger bekannte Sätze aus seinen Schriften wieder, in denen auch sein Absehen gegen den Sittenverfall Preußens zum Ausdruck kommt. Die Deutsche Volkspartei hat das Bild Friedrich des Zweiten auf ihr Banner gesetzt. Nun, man lese, mit wie viel höherem Verständnis man sich über die Fehler Friedrich des Zweiten auf einen Friedrich den Großen anschauen möchte. Ein Ärgeres Despot als Friedrich ist niemals gewesen. Er verdient es, ein so freier Geist er für sich selbst war, als Weiskopffs monarchischer Partisan zu dienen.

Wegen den Krieg

Wenn die kriegerischen Eigenschaften durch die Gemeinmachung (d. h. Popularisierung) der Wissenschaften verschwinden, so ist es noch die Frage, ob wir es für ein Glück oder für ein Unglück zu halten haben. Sind wir deswegen auf der Welt, daß wir uns untereinander umbringen sollen?

Toleranz

Es war den ersten Reformatoren sehr schwer, dem Geiste des Papsttums gänzlich zu entsagen. Die Lehre von der Toleranz, welche doch eine wesentliche Lehre der christlichen Religion ist, war ihnen weder recht bekannt noch recht behaglich. Und gleichwohl ist jede Religion und Sekte, die von keiner Toleranz wissen will, ein Papsttum.

Republikanische Freiheit

Ich bringe auch hier (es handelt sich um ein Kunstgesetz) auf eine republikanische Freiheit, die ich überall einführen würde, wenn ich könnte.

Patriotismus

Das Lob eines Patrioten ist nach meiner Denkart das allerhöchste, wonach ich gehen würde; des Patrioten nämlich, der mich vergessen lehrt, daß ich ein Weltbürger sein sollte. Ich habe überhaupt von der Liebe des Vaterlandes (es tut mir leid, daß ich Ihnen vielleicht meine Schande gestehen muß) keinen Begriff und sie scheint mir aufs Höchste eine heroische Schwachheit, die ich recht gern entbehre. Ich rühme mich, daß ich von der Freundschaft desto höhere Begriffe habe.

Recht sehr zu wünschen, daß es in jedem Staate Männer geben möchte, die über die Vorurteile der Völkerschaft (d. h. des Nationalismus) hinweg wären und genau wüßten, wo Patriotismus Tugend zu sein aufhört.

Offiziere

So leben die Herren (Offiziere) während des Krieges, als ob ewig Krieg bleiben würde, als ob das Dein und Mein auf ewig aufgehoben sein würde.

Vom Staate

Falk: Die Ameisen leben in Gesellschaft wie die Bienen. Ernst: Und in einer noch wunderbarerem Gesellschaft als die Bienen. Denn sie haben niemand unter sich, der sie zusammenhält und regieret.

Falk: Ordnung muß also doch auch ohne die Regierung bestehen können. Ernst: Wenn jedes Einzelne sich selbst zu regieren weiß, warum nicht?

Falk: Ob es wohl auch mit den Menschen dahin kommen wird?

Ernst: Wohl schwerlich!

Falk: Schade!

Ernst: Jawohl!

Falk: Glaubst Du, daß die Menschen für die Staaten erschaffen werden? Oder daß die Staaten für die Menschen sind? Ernst: Jenes scheinen einige behaupten zu wollen. Dieses aber mag wohl das Wahre sein.

Falk: So denke ich auch. — Die Staaten vereinigen die Menschen, damit durch diese und in dieser Vereinigung jeder einzelne Mensch seinen Teil von Glückseligkeit desto besser und sicherer gemessen könne. — Das Totale (d. h. die Gesamtheit) der einzelnen Glückseligkeiten aller Glieder ist die Glückseligkeit des Staates. Außer dieser gibt es gar keine. Jede andere Glückseligkeit des Staates, bei welcher auch noch so wenig einzelne Glieder leiden und leiden müssen, ist Bemäntelung der Tyrannei. Anders nichts! Ernst: Ich möchte das nicht so laut sagen.

Balkומר

Soldat sein um des Soldatentums willen, das ist wie ein Fleischerrecht reifen, weiter nichts.

Friedrich der „Große“

Got: weiß, ob die guten schwedischen Kaiser um die damalige deutsche Politik im geringsten mehr Verdienst haben, als der jetzige König von Preußen um die gegenwärtige. Gleichwohl will ich nicht darauf schwören, daß nicht einmal ein Schmeich-

ler kommen sollte, welcher die gegenwärtige Epoche der deutschen Literatur die Epoche Friedrichs des Großen zu nennen für gut findet.

Friedrich II. und seine Schmarotzer

Dort der Regent ernährt eine Menge schöner Geister, und braucht sie des Abends, wenn er sich von den Sorgen des Staats durch Schwänke erholen will, zu seinen lustigen Räten. Rimmermehr werde ich mich fähig fühlen, eine so niedrige Rolle zu spielen, und wenn auch Ordensbänder zu gewinnen stünden.

Die Zensur Friedrichs II.

Ich würde Ihnen ohne die geringsten Unkosten auch die heftigen politischen Zeitungen mitteilen können, wenn ich glaubte, daß Ihnen damit gebient wäre. Sie sind wegen der scharfen Zensur größtenteils so unfruchtbar und trocken, daß ein Neugieriger wenig Vergnügen darin finden kann.

Das Berlin Friedrichs II.

Ich hoffe, es soll mir nicht schwer fallen, Berlin zu vergessen. Alles vom Größten (d. i. Friedrich II.) bis zum Kleinsten — doch ich erinnere mich, Sie hören es ungern, wenn man sein Mißvergnügen über diese Königin der Städte verrät. Was hatt ich auf der verpöbelten Galerie zu lachen. Wie kann man auch in Berlin gesund sein. Alles, was man da sieht, muß einem ja die Galle ins Gesicht jagen.

Sagen Sie mir von Ihrer berlinischen Freiheit zu denken und zu schreiben ja nichts. Sie reduziert sich einzig und allein auf die Freiheit, gegen die Religion soviel Bosheiten zu Markte zu bringen als man will und dieser Freiheit muß sich der rechtliche Mann nun bald zu bedienen schämen. Lassen Sie es aber doch einmal einen in Berlin versuchen über andere Dinge so frei zu schreiben als Sonnenseis in Wien geschrieben hat; lassen Sie es ihm versuchen, dem vornehmen Josephel so die Wahrheit zu sagen, als dieser sie ihm gesagt hat; lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Untertanen, der gegen Ausprägung und Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es jetzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht, und Sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das slavischste Land von Europa ist.

Der Kampf um den Reigen in Wien. Wie in anderen Städten wird auch in Wien ein Kampf der zensurhässlichen Reaktion gegen den „Reigen“ von Schnitzler geführt. Die Moral gehört bekanntlich zu jenen Gefühlen, die erst da sind, wenn sie ver-

Abrüstung

Die Presse, die Nachrichtenbureaus, der Telegraph, bringen jetzt täglich Meldungen über die Abrüstung. In Japan hat die Kammer mit 258 gegen 88 Stimmen einen Gesetzentwurf abgelehnt, der eine Herabsetzung der Rüstungen verlangt. In Amerika hat der neugewählte Präsident Harding erklärt, daß er der Abrüstung „sympathisch“ gegenübersteht. Er will gleich nach seinem Regierungsantritt eine gemeinsame Besprechung mit England und Japan herbeiführen, die sich mit der Abrüstung beschäftigen soll. Gleichzeitig erklärt aber der amerikanische Marineausflug, daß die amerikanische Flotte mindestens so groß sein müsse wie die der anderen Mächte. Das ist um vieles wichtiger als die Sympathieerklärung Hardings. Auch in England hat man erklärt, daß man gegen eine Verständigung in der Rüstungsbeschränkung nichts einzuwenden habe.

Alle diese Meldungen sind außerordentlich zu genießen, damit sich keine falschen Vorstellungen über die Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten der Abrüstung breitmachen.

Zieht man die grundlegenden Veränderungen, die der Weltkrieg in der wirtschaftlichen und politischen Nachstellung der Großstaaten der Welt hervorgerufen hat, in Betracht, so ergeben sich herzlich wenig reale Anhaltspunkte für die Abrüstung. Der englische Imperialismus hat seine zwei gefährlichsten Gegner, Deutschland und Rußland, festgestellt. Dafür ist ihm in Amerika ein mindestens ebenbürtiger Rivale entstanden, der es gegenwärtig an finanzieller Kraft noch übertrifft. Das englisch-japanische Bündnis ist ja einzig und allein gegen Amerika gerichtet. Amerika hat seine industrielle Leistungsfähigkeit außerordentlich gesteigert und ist keineswegs mehr das die ganze Welt versorgende Rohstoffgebiet, sondern verarbeitet einen großen Teil seiner Rohstoffe zu Fertigfabrikaten. Nicht allein, daß es sich dadurch in erheblichem Maße von der europäischen Einfuhr freimacht, bedroht es auch den überseeischen Handel Englands auf schärfste. Den Export Englands schädigen, heißt aber, die englische Wirtschaft an ihrem Lebensnerv treffen.

Das sind nur einige wirtschaftliche Gesichtspunkte, die aber die künftige Politik dieser Staaten aufs stärkste beeinflussen. Rechnet man noch hinzu, daß der japanische Imperialismus, ebenfalls durch den Weltkrieg erheblich gestärkt, in seiner Triebkraft naturgemäß nach Amerika zielt, so ergibt sich, daß die Aussichten für eine Abrüstung unter den imperialistischen Staaten recht ungünstige sind. Denn der Imperialismus treibt notwendig zur Verstärkung der Rüstungen.

Abrüstung ist im hochkapitalistischen Zeitalter nicht zu verwirklichen. Hier entscheiden nicht Vernunft und Humanität, sondern die Gegenläufe der kapitalistischen Staaten. Die wirkliche Abrüstung kann nur da erfolgen, wo die Arbeiterklasse die politische Macht erlangt hat und die kapitalistische Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft umgewandelt ist.

W. Washington, 15. Februar.

Die Weigerung der japanischen Kammer, die Seerüstungen zu vermindern, hat in Washington tiefen Eindruck gemacht. Man führt den Beschluß der japanischen Kammer auf die Erklärung der amerikanischen Marinekommission zurück, daß die Vereinigten Staaten keine geringere Flotte haben dürfen als irgendeine andere Macht. Der Senator Borah sagte Freitag im Senat wörtlich: „Ich bin vollkommen sicher, daß der Nichtabschluß eines Abkommens zwischen den Großmächten in der Marinefrage zum Kriege führen muß. Das ist so sicher, wie die Nacht dem Tage folgt. Ich will alle Anstrengungen machen, um Vereinbarungen in der Rüstungsfrage herbeizuführen.“

Nach erregter Debatte wurde im Repräsentantenhaus der Antrag Brooks, daß von den für den Flottenbau im Jahre 1921 bewilligten 90 000 000 Dollars nichts ausgegeben werden soll, bevor Präsident Harding eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen habe, mit 124 gegen 30 Stimmen verworfen.

Das neue Ortsklassenverzeichnis

Offiziell wird mitgeteilt: Seitdem an die Stelle der bisherigen einheitlichen Steuerzuzugungen nach Ortsklassen gestaffelte Steuerzuzugungen getreten sind, ist die Frage des neuen Ortsklassenverzeichnisses naturgemäß erheblich in den Vordergrund gerückt. Es ist verständlich, wenn von allen Seiten auf schnelle Fertigstellung des neuen Verzeichnisses gedrängt wird. Andererseits darf jedoch nicht vergessen werden, daß es sich um eine äußerst umfangreiche Arbeit und eine Angelegenheit von großer Wichtigkeit handelt, die eine überhätige Bearbeitung nicht verträgt. Die

leht werden. Noch niemals hat das eigentliche Volksempfinden an angeblich unfruchtlichen Kunstwerken Anstoß genommen. Es ist immer nur eine kleine Zahl der intellektuellen Mittelschicht, die ernsthaft „beleidigt“ ist, während die Reaktion die Freiheit als solche verabscheut und sie in der Bevormundung des Theaters zu treffen sucht. Der Kampf um den „Reigen“ ist in Wien zu einem innerpolitischen Konflikt ausgewachsen. Unsere österreichischen Genossen wissen, daß man der Zensur keinen Finger reichen darf, sonst nimmt sie sich die ganze Hand. Die christlich-soziale Bundesregierung (das ist nach deutschen Begriffen die Reichsregierung) hat die Aufführung verboten, die sozialdemokratische Bundesregierung weigert sich aber, das Verbot zur Kenntnis zu nehmen oder gar auszuführen und hat auf diese Weise die Bundesregierung gezwungen, die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes anzufordern. Mit Recht erkennen unsere österreichischen Genossen in dem Versuch, die Zensur wieder einzuführen — bei uns herrscht sie ja schon unbeschränkt — einen Vorstoß der Reaktion. Im Nationalrat hat eine dringliche Anfrage der Sozialdemokraten zu heftigen Zusammenstößen geführt. Die Sozialdemokraten hielten den Kampf um den „Reigen“ immerhin für wichtig genug, um den bisherigen Präsidenten der Republik Deutsch-Österreich, Seif und den Abg. Karl Leuthner, vorzuschicken. Die sozialdemokratische Landesregierung von Wien schützte die Theateraufführungen durch ein Aufgebot von Polizei, die des Eindringens reaktionärer Theatersprenger bisher erfolgreich verhindert hat. Auch Arthur Schnitzler fordert, daß sein Stück ohne Strafe weitergespielt wird. Wenn man bedenkt, wie tief wir bereits gesunken sind, daß die Zensur in Deutschland ohne Scham Klassen aller Länder und Zeiten beschlagnahmen, können wir Deutsch-Österreich nur beglückwünschen, daß seine Sozialdemokratie den Wert der Freiheit anders zu schätzen und ohne Hasten, ob die Aufführung „notwendig“ ist, zu schätzen versteht, als bei uns.

Hans Nabel war der letzte Vortragsabend des Graphischen Kabarets gewidmet. Wie die früheren zahlreichen Nabelvorlesungen, litt auch diese unter der Schwierigkeit, in zwei kurzen Stunden einen Eindruck von Nabels Schaffen zu geben, das — wir wollen einmal vom Wert ganz absehen — sowohl durch Umfang wie durch Mannigfaltigkeit der Werke gleich bedeutend ist. Aus dem „Ton“ las der Dichter etwa 15 Stücke vor. Was können aber die Zuhörer mit diesen betrifflich wie formal gleich ungewohnten Gebilden anfangen, wo sie erst durch das ganze Werk, das 2700 solcher Gedichte enthält, verständlich werden. Vom „Ton“ wieder ganz verschieden sind die Gedichte aus dem griechischen Mythoskreis „Der weisende Dionysos“. Auch in dieses Werk, das aus vielen hundert Gedichten besteht, muß man sich erst hineinlesen. Daraus gab nun Hans Nabel zwei ganz unentbehrliche Beispiele. Darunter den fernen griechischen „Tropenchor“. Und dann wieder Gedichte und dramatische Szenen aus der biblischen Welt, aus dem Orient und Lyrik von

Borarbeiten sehen nunmehr vor ihrem Abschluß. Die Vorschläge der Länder für die Einziehung der Orte unter 10 000 Einwohnern sind zum größten Teil eingegangen, so daß demnächst die in Aussicht gestellten Besprechungen mit den Vertretern der Beamten-Organisationen beginnen können. Nach Beendigung der Besprechung wird die endgültige Vorlage im Reichsfinanzministerium mit großer Beschleunigung fertiggestellt und dem Reichsrat und Reichstag zur Beschlußfassung zugestellt werden.

Erklärungen für die Reichseinkommensteuer

Der Reichminister der Finanzen hat auf Grund des § 39 des Einkommensteuergesetzes unterm 1. Februar d. J. eine Verordnung erlassen, in der allgemein das Verfahren der Abgabe der Einkommensteuererklärungen geregelt worden ist. Nach dieser Verordnung (§ 1) haben alle Steuerpflichtigen, deren steuerbares Einkommen im abgelaufenen Kalenderjahr oder in dem an dessen Stelle tretenden Wirtschaftsjahr (Betriebsjahr) den Betrag von 10 000 M. übersteigt, hat, nach erfolgter öffentlicher Aufforderung innerhalb einer bestimmten Frist eine Erklärung über ihr steuerbares Einkommen beim zuständigen Finanzamt einzureichen.

Die Frist zur Einreichung darf nicht später als am 1. März 1921 beginnen, sie muß einen Monat betragen und kann in einzelnen Fällen angemessen verlängert werden (§ 2). Mindestens eine Woche vor Beginn der Frist sowie einmal im Laufe der Frist ist das Finanzamt gehalten, in den für amtliche Bekanntmachungen bestimmten Tageszeitungen zur Abgabe der Steuererklärung öffentlich aufzufordern.

Steuerpflichtige, die auf Grund der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe einer Erklärung nicht verpflichtet sind, müssen, unbekannt ihres Rechts zur freiwilligen Abgabe, eine Erklärung abgeben, sobald sie vom Finanzamt eine besondere Aufforderung hierzu erhalten (§ 4).

Die Steuererklärung ist unter Benutzung eines vom Finanzamt erhältlichen Vorbruders schriftlich einzutragen oder mündlich vor dem Finanzamt zu protokollieren; sie muß von dem Steuerpflichtigen eigenhändig unterschrieben sein und die Versicherung enthalten, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind (§ 5).

Weiter muß die Steuererklärung eines Ehemanns auch das Einkommen seiner Ehefrau mit umfassen, sofern für die Ehegatten die Steuerpflicht überhaupt gegeben ist und sie nicht dauernd voneinander getrennt leben. Die Steuererklärung des Haushaltungsvorstandes muß ferner das Einkommen seiner zu seiner Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder (eigene Abkömmlinge, Stief-, Schwäger-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie deren Abkömmlinge) mit umfassen, soweit es sich nicht um Arbeitseinkommen der Kinder handelt (§ 6).

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Steuererklärung abzugeben, kann sie durch Bevollmächtigte abgeben lassen.

Endlich steht es dem Steuerpflichtigen frei, die seinen Angaben in der Steuererklärung zugrunde liegenden Einzelberechnungen und andere zum Verständnis seiner Angaben dienenden Erläuterungen und Zusätze in die Steuererklärung oder in eine beizufügende Anlage aufzunehmen. Ist ein Einkommen auf Grund besonderer Buch- oder Geschäftsbücher oder auf Grund von Bilanzen ermittelt, so sind Abschriften hiervon der Steuerklärung beizufügen. Soweit es sich um Einkommen handelt, das nur durch Schätzung ermittelt werden kann, steht es dem Steuerpflichtigen frei, die Schätzung solcher Einkommen selbst vorzunehmen und unter Mitteilung der Tatsachen, auf die sich die Schätzung gründet, deren Ergebnis in die Steuererklärung einzutragen oder nur die Tatsachen anzugeben, die zur Ermittlung des Einkommens beizubringen vermag.

Diese Verordnung hat für alle Lohn- und Gehaltsempfänger (Arbeiter, Angestellte, Beamte) nur nebensubordinierte Bedeutung, da der Reichstag voraussichtlich die Nichtanziehung der über den Lohnabzug hinausgehenden Steuerbeiträge beschließen wird. Außerdem soll der Lohnabzug in eine Lohnsteuer umgewandelt werden, so daß eine nachträgliche Veranlagung für die Lohn- und Gehaltsempfänger nicht mehr in Betracht kommt. Es wäre Zeit, daß die Regelung dieser Fragen bald erfolgt, damit der Wirtmar in der Steuergegebung nicht noch größer wird.

Auf jeden Fall erkennt man aus der Verordnung des Finanzministers, daß man unbefürchtet um die unabwendbar gewordene Neuregelung des Lohnabzugs die Verluste fürsetzt, auch die werktätige Bevölkerung mit dem Zwang zur Abgabe von Steuererklärungen zu drangsalieren. Verläßt die Preußenwahl im Sinne der reaktionären Parteien, so würden die minderbe-

moderner Kompliziertheit. Nein, es ist zu viel, zu schwer. Es verwirrt und nur der gute Hörer erhält dadurch eine Ahnung von der sinnlichen, geistigen und künstlerischen Fülle dieses aus dem Väterzeitalter herausragenden Dichters. Trotzdem wirken, wenn sie auch nicht voll verstanden werden können, viele Stücke sehr stark, so daß der Beifall ganz spontan hervorbrach. Während viele Verse von Nabel im Vortrag von Johann Hofner, Ernst Deutsch, Franz Koloff schon tief ergriffen haben, verjügte sie Hannah Jemel — ein unbeflecktes Echo der Trieb — durch hysterisches Sprechen und durch fladernde Grimassen. Ein Glück, daß endlich der Insel-Verlag das Erscheinen des „Ton“ in der schönen und lässlichen Form seiner Dünndruckpapierausgaben ankündigt. Wir werden dann auf das Werk ausführlich zurückkommen. F. St.

Deutsche Fachwissenschaft für Rußland. Die Auslandsabteilung des Wissenschaftlich-Technischen Departements des Obersten Volkswirtschaftsrates (kurz N. T. D. genannt) in Moskau hat ihre Tätigkeit in Berlin aufgenommen. Zu ihren Aufgaben gehören: Austausch neuer wissenschaftlicher Werke zwischen Rußland und dem Westen. Informierung Rußlands über die neuesten Erfindungen in den westlichen Ländern auf den Gebieten der Technik und der angewandten Wissenschaften überhaupt. Herausgabe wertvoller Fachwerke in russischer Sprache. — Beförderung von Büchern, Lehrmitteln, Geräten, Instrumenten für Rußland. Vorbereitung von Ausstellungen, die in Rußland ein Bild von den neuesten Erfindungen auf technischem und wissenschaftlichem Gebiete geben sollen. — Gründung einer Patentabteilung. Die N. T. D. hat sich bisher die Mitarbeit und Unterstützung hervorragender deutscher und russischer Gelehrter und Fachleute gesichert; die Uebersetzung einer Reihe von Werken der technischen Literatur ins Russische in Auftrag gegeben.

Eine Uebersetzung des Werkes von Schuppe „Die Krankheiten der elektrischen Maschinen“ ist bereits erschienen. In Vorbereitung befinden sich ein Handbuch der Telephonie, der Schloßerei, Tischlerei, eine neue russische Auflage der „Hütte“, sowie andere Nachschlage- und Handbücher für die Technik.

Tages-Notizen

Spielplanänderung. Volkshaus: Mittwoch hat „Nach Damaskus“, 1. Teil, mit „Nach Damaskus“, 2. und 3. Teil, gespielt. Marionettentheater in Neudamm. Die letzte Vorstellung der Marionettenoper in der Logenloge Berliner Str. 10 (Werte von Mozart, Offenbach) findet Freitag, 7½ Uhr, statt. Theaterbesuche. Volkshaus: Moderne Frauenabteilungen ließ Donnerstag, 7½ Uhr, im Gymnasium am Heran Keller. — Olga Wejan ließ Donnerstag 8 Uhr in der Buchhandlung Frau, Spielzeit 7, aus den Werken von Hoffe, Schiller, Goethe, Kleist, — Alfred Bergerle spricht Donnerstag 7½ Uhr im Graphischen Kabarett (A. Nabel) die „Kaiserin“ Alexander Blok, Gorki, Kurbelov; am Samstag in einem eigenen Abend (Berliner Spielplan, 8 Uhr) das Beispiel aus dem „Weg nach Solothurn“ von Dörfle. — Ludwig Hertz ließ Samstag 7½ Uhr, Berlinerhof, Bühne, Thomas Mann, Heyn, Hauptmann, Mühs, Claudius usw. — Friedrich Erhard Sonntag, Pechsteinhof, 7½ Uhr, aus Gilmers, Schiller, Mühs.

Wöchentliche Wache für Blindenarbeiten. Mittwoch beginnt der 9. Monatskurs über die geistlichen und technischen Grundlagen des Blindenberufes, im Wache, Kollnsee, 27-28.

mittelften Volkskreise ohne Zweifel die Folgen, besonders in den Steuerfragen bald zu spüren bekommen!

Schiebungen ohne Ende

Von Beamten des Landespolizeiamts Berlin-Schöneberg sind große Viehschiebungen aufgedeckt worden. Einige Großviehhändler in Schlesien hatten sich mit mehreren Angestellten der Breslauer Provinzialfleischstelle in Verbindung gesetzt und sich Ausfuhrgenehmigungen für jede beliebige Menge Vieh nach allen Orten, besonders nach Oberschlesien, verschafft. Es wurde dabei auch mit Urkundenfälschungen gearbeitet. Allein aus den letzten Monaten sind hunderte solcher Fälle ermittelt worden. Die Händler hatten an die Angestellten Bestechungsgelder in Höhe von 100 bis 2000 Mark bezahlt. Diese Beträge spielten für sie keine Rolle, da sie an einem Stück Vieh 1000 bis 1500 Mark verdienten. Ob der Direktor der Provinzialfleischstelle in Breslau, Demerz, an den Schiebungen beteiligt ist, ist noch nicht bekannt. Mit einem der Viehhändler dazte er sich, zechte mit ihm in Weinstuben und nahm an der Hochzeit seiner Tochter, die 250 000 Mark gekostet haben soll, teil.

Offiziell läßt die Staatsanwaltschaft diese Schieber und ihre Helfershelfer nicht wieder laufen. Wir erwarten auch, daß man ihnen nicht Gelegenheit gibt, in Irrenhäusern oder Sanatorien Erholung von ihren schweren Leiden zu suchen.

Bedingte Auslieferung Birndörfers

Der frühere Direktor des „Edenhofers“ in Berlin, Albert Birndörfer, der vor einigen Monaten wegen mehrfacher Vergehen gegen Wucherer und neun Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden und der dann nach der Schweiz geflüchtet ist, soll nunmehr nach einem Beschluß des Bundesgerichts von Lausanne an Deutschland ausgeliefert werden. Die Auslieferung ist aber an die Bedingung geknüpft, daß Birndörfer nur wegen Beamtenbestechung in Deutschland zur Verantwortung gezogen werden darf, deren er sich bei seinen Schieber- und Wuchererthaten schuldig gemacht hat. Die gegen ihn ausgesprochene Strafe darf nicht ausgeführt werden, ebenso wenig darf Birndörfer wegen seiner Flucht selbst vor das Gericht gezogen werden.

Dieser Beschluß ist für die „freie Schweiz“ bezeichnend. Er entspricht zwar vollkommen den Schweizer Landesgesetzen, aber wir wissen, daß die Schweiz heute nur sehr schwer dem Ausland die Grenzen öffnet und daß sie jeden Eingewanderten sofort als lästig ausweist, wenn keine politische Gewinnung nicht ganz bourgeois ist. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß die Schweizer Regierung sogar unsere Entsendung von Delegierten zum Schweizer Parteitag unmöglich gemacht hat. Herr Birndörfer, der Wucherer und Schieber, ist eben ehrenwerter. Seine ganze Vergangenheit läßt keinen „politischen Verdacht“ aufkommen. Vielleicht reihen sich gar einige Schweizer Hotelgesellschaften um einen so gerissenen Direktor, wie Birndörfer zweifellos ist. Die Schweiz bleibt also das alte freie Land — für Schieber und Wucherer.

Fischereipacht und Fischpreise

In dem Dörfchen Himmelpfort in der Uckermark hat seit langen Jahren ein Fischereipächter, der früher gleichzeitig Gemeindevorsteher war, von der Regierung etwa 4000 Morgen der umliegenden Seen in Pacht. Der Pachtpreis betrug vor dem Kriege 12 000 M. jährlich. Im Jahre 1919 verpachtete die „Königliche“ Regierung (!) (so steht im Pachtvertrag), ohne die Verpachtung vorher öffentlich bekannt gemacht zu haben, dieselben Seen für jährlich 16 000 M. weiter an den bisherigen Pächter, also mit einer Erhöhung der Pacht um jährlich 4000 M., bei den jetzigen Verhältnissen wahrlich keine große Erhöhung.

Wie steht es nun mit den Preisen für die Fische aus? Vor dem Kriege ließ sich der Fischereipächter für Hechte 75 Pf. zahlen, jetzt fordert er 7,50 M. Kalle kosteten früher 0,90 M., heute läßt er sich bis 15 M. zahlen. Aus der Kohlrührung hat der Pächter jährlich allein schon mehrere Tausend Mark Einnahmen. Die Pacht ist von der „Königlichen“ (!) Regierung um ein Drittel, die Fischpreise von dem Pächter um durchschnittlich das zehn- bis fünfzehnfache erhöht worden. Ist das kein Wucher?

Außerdem wird dem Fischereipächter auf Kosten des Staates noch ein Kommando des Reichswasserjuches in einer Stärke von zeitweise sieben Mann „zum Schutz der Seen“ in Himmelpfort gehalten, und das alles trotz der schlechten Finanzlage des Staates.

Wenn die Verpachtung der Seen öffentlich meistbietend erfolgt wäre, dürfte, im Vergleich der kürzlich erfolgten Verpachtung des Plesower Sees, die in Werder im Stadtverordnetenjahre erfolgte, mindestens ein Pachtpreis von 100 000 M. erzielt worden sein.

Öffentliche Wählerversammlungen

Hohennauenborn. Öffentliche Wählerversammlung am Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Klaus, Schönflieger Str. 17. Referent: Genosse Schoof-Oranienburg.

Waldmannsfluh-Hermsdorf. Donnerstag, den 17. Februar 1921, öffentliche Wählerversammlung in Hermsdorf, in Lamberts Restaurant, Waldhühnen.

Röntgenal, Jernnitz, Buch, Schönow, Schwanebeck, Hohenschönhausen, Birkhof. Donnerstag, den 17. Februar, abends 7½ Uhr, im Waldhaus (Röntgenal), Bärwolfstr., öffentliche Wählerversammlung. Ueber die politische Lage und die Wahlen spricht Genosse Hiska.

Treptow-Baumshulenkweg. Heute abend erscheine eine jede Genossin und ein jeder Genosse zur Wählerversammlung der Deutschnationalen in der Concordia-Polizeistation im Treptower Park 69, um 7½ Uhr. Um 7 Uhr trifft sich der Wahlausschuß im Nebenzimmer dortselbst.

Treptow-Baumshulenkweg. Mittwoch, abends 7 Uhr, öffentliche Wählerversammlung im Pyrum, Baumshulenkweg, Baumshulenkstrasse. Referent: Fritz Jabel.

Treptow-Baumshulenkweg. Donnerstag, abends 7 Uhr, öffentliche Wählerversammlung in Brauns Gesellschaftshaus, am Bahnhof Treptow.

Friedenau. Am Montag sprach in einer gut besuchten Wählerversammlung im Bürgeraal des Rathauses Gen. Lampe über „Die U. S. V. und die Landtagswahlen“. Die Taktik der bürgerlichen Parteien, die die monarchistische Propaganda als alleiniges Heilmittel im Wahlkampf anpreist, die Unfähigkeit der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft, die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten unserer Zeit zu lösen, sowie die Unterlassungsfünden der S. P. D., geistigte der Referent mit klaren Worten. Dann besprach Gen. Lampe die Gegenwart der arbeitenden Klassen und schloß mit einem mit starkem Beifall aufgenommenen Kampf für den revolutionären Sozialismus. In der Diskussion sprach ein altpreukischer Wirtkopf, der das alte Preußen in seiner treuen Wächterfüllung als das Land des Sozialismus ansprach. Seine Ausführungen riefen Heiterkeitsausbrüche hervor. Nach kurzen Ausführungen eines Genossen richtete Gen. Lampe nochmals in seinem Schlusswort die Aufforderung an die auch zahlreichen Bürgerlichen, für die U. S. V. zu stimmen. Die Versammlung wurde von den anwesenden Kommunisten nicht gestört, noch ergriffen sie das Wort, und kann daher dieselbe als ein voller Erfolg unserer Sache gelten.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Bedienung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.

Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

